

Stadt Kremmen

**TOP:**

**Beschlussvorlage**  
Öffentlich :Ja

Amt/Geschäftszeichen  
**Federführendes Amt** :Wahlen

Datum Drucksache-Nr.:01-5-2017  
24.01.2017

**Beratungsfolge**

Gremium/Ausschuss	Termin	Genehmigung	Stimmverhältnis	J	N	E
Stadtverordnetenversammlung	09.02.2017					

Betreff:

**Beratung und Beschluss: Gültigkeit der Wahl der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters der Stadt  
Kremmen am 06.11.2016**

Beschlussvorlage

Die Einwendungen gegen die Wahl sind unzulässig oder nicht begründet und werden zurückgewiesen.

Die Wahl ist gültig.

**Beratungsergebnis:**

Gremium:	Sitzung am:	TOP
----------	-------------	-----

Anz. Mitgl. :19	dav. anwesend	Ja.....	Nein.....	Enthalt.....
-----------------	---------------	---------	-----------	--------------

Laut Besch.vorlage.....	Abweichender Beschl.(Rückseite).....
-------------------------	--------------------------------------

eingbracht durch :Bürgermeisterin  
Bearbeiter :Frau Susanne Tamms

.....  
Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

### **Problembeschreibung/Begründung**

Gemäß § 80 Abs. 1 Satz 1 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes (BbgKWahlG) hat die Stadtverordnetenversammlung über die Gültigkeit der Wahl und über Einsprüche zu entscheiden. Nach § 80 Abs. 1 Satz 1 BbgKWahlG kann jede wahlberechtigte Person des Wahlgebietes, jede Partei, politische Vereinigung oder Wählergruppe, die einen Wahlvorschlag eingereicht hat, jeder Einzelbewerber, der für das Wahlgebiet zuständige Wahlleiter sowie die für das Wahlgebiet zuständige Aufsichtsbehörde gegen die Gültigkeit der Wahl Einspruch erheben. Der Wahleinspruch bedarf einer Begründung, dass z. B. die Wahl nicht den gesetzlichen Vorschriften entsprechend vorbereitet oder durchgeführt oder in anderer unzulässiger Weise in ihrem Ergebnis beeinflusst worden ist. § 79 Satz 1 BbgKWahlG normiert ein derartiges Einspruchsrecht auch für Bewerber eines zurückgewiesenen Wahlvorschlags. Ein Wahleinspruch ist gemäß § 80 Abs. 1 Satz 1 BbgKWahlG i.V.m. § 55 Abs. 2 BbgKWahlG beim Wahlleiter spätestens zwei Wochen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses, mit Begründung schriftlich einzureichen oder mündlich zur Niederschrift zu erklären. Die Bekanntgabe des Wahlergebnisses erfolgte am 30.11.2016 durch Aushang in den amtlichen Aushängекästern der Stadt Kremmen. Bis zum maßgeblichen Ende der Einspruchsfrist (13.12.2016, 24:00 Uhr) war 1 Wahleinspruch zu verzeichnen. Der Wahleinspruch ist dieser Beschlussvorlage als Anlage beigelegt.

Der Wahleinspruch, gegen die Gültigkeit der Wahl der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters der Stadt Kremmen, des Herrn Jan-Erik Hansen ging am 29.11.2016 um 11:16 Uhr per Fax bei der Stadt Kremmen ein.

Der Wahleinspruch ist aus Sicht der Wahlleiterin aus folgenden Gründen unzulässig und sollte zurückgewiesen werden:

Herr Jan-Erik Hansen gehört nicht zum Kreis der Einspruchsberechtigten.

Herr Jan-Erik Hansen hat seinen Wahleinspruch nicht begründet. (behelfsweise)

Da der Wahleinspruch von Herrn Jan-Erik Hansen mehrere formelle Anforderungen nicht erfüllt, ist dieser als unzulässig zu werten und zurückzuweisen.

Die Wahl kann daraufhin ohne weitere Abwägung für gültig befunden werden.

Hinweise zur Abstimmung:

Auszug aus der Kommentierung des § 80 BbgWahlG:

Der gewählte Bürgermeister/-in nimmt nach Annahme seiner / ihrer Wahl bzw. nach Beginn seiner / ihrer Amtszeit grundsätzlich an allen Sitzungen und Beratungen der Gemeindevertretung teil. § 56 Abs. 3 BbgKWahlG enthält ein Mitwirkungsverbot bei der Beschlussfassung einer Wahl für Vertreter, die Beteiligte (u.a. Person, die Einspruch erhebt und Person gegen die sich der Einspruch richtet) des Wahlprüfungsverfahrens sind. § 63 Abs. 1 BbgKWahlG erklärt diese Vorschrift für die Wahl des Bürgermeisters für entsprechend anwendbar.

**Aus dieser Verweisung folgt, dass auch der Bürgermeister / die Bürgermeisterin so wie alle weiteren Bewerber nicht an der Entscheidung über die Prüfung der Wahl abstimmungsberechtigt sind.**

gez. Susanne Tamms

Wahlleiterin

.....

.....